

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 16 | 20.04.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 11/2018](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des **§ 22 Abs. 2 des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

### [BGBl II 69/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die Verordnung über **Qualifizierungs- und Zertifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit ortsfesten Kälte- und Klimaanlageanlagen sowie Wärmepumpen**, die Verordnung über Qualifizierungs- und Zertifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit **ortsfesten Brandschutzsystemen und Feuerlöschern**, die Verordnung über Qualifizierungs- und Zertifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit **Hochspannungsschaltanlagen** und die Verordnung über Qualifikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit **KFZ-Klimaanlagen** geändert werden

### [BGBl III 40/2018 \(Anlage\)](#)

Rahmenabkommen über **Partnerschaft** und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik der **Philippinen** andererseits

### [BGBl III 49/2018](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die **Kündigung der Vereinbarung** zwischen dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich und dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** über die Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Schweizerischen Bundesrat über die Vertretung der Schweiz im Verfahren der **Visaerteilung in Caracas**

### [BGBl III 51/2018](#)

Änderungen des Anhangs II des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem **Schweizerischen Bundesrat** über die **Zusammenarbeit in konsularischen Angelegenheiten**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 96 v 16.04.2018, 7](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2018/574 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über **technische Standards** für die Errichtung und den Betrieb eines **Rückverfolgbarkeitssystems für Tabakerzeugnisse**

### [ABI L 98 v 18.04.2018, 19](#)

Beschluss (EU) 2018/585 des Rates vom 12. April 2018 zur Ernennung eines von der Republik Österreich vorgeschlagenen **Mitglieds des Ausschusses der Regionen**

### [ABI L 99 v 19.04.2018, 1](#)

Änderungen des Zollübereinkommens über den **internationalen Warentransport mit Carnets TIR** (TIR-Übereinkommen von 1975)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 27.02.2018, [E 1328/2016](#)

**Stmk BauG; Stmk RaumordnungsG**; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Abweisung der Beschwerde gegen einen die **Errichtung eines Mehrparteien-Wohngebäudes im Landschaftsschutzgebiet** bewilligenden Bescheid mangels Vorliegens eines Bebauungsplans

#### 27.02.2018, [E 2016/2017](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betr einen der Volksgruppe der Tadschiken angehörenden afghanischen Staatsangehörigen mangels hinreichender Auseinandersetzung mit den für die Beweiswürdigung maßgeblichen Argumenten iZm seiner Tätigkeit für eine talibankritische Parlamentsabgeordnete

#### 27.02.2018, [E 2124/2017](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betr einen der ethnischen Volksgruppe der Hazara angehörenden minderjährigen afghanischen Staatsangehörigen mangels hinreichend aktueller Feststellungen zur Sicherheits- und Versorgungslage in Afghanistan; Ablehnung der Beschwerdebehandlung hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten

#### 02.03.2018, [G 257/2017](#) (Anlassfall [E 1810/2017](#))

**FinanzmarktaufsichtsbehördenG; VwGVG**; Aufhebung einer Bestimmung des FinanzmarktaufsichtsbehördenG betreffend den **Ausschluss der aufschiebenden Wirkung** bei Vorlageanträgen und Beschwerden gegen Bescheide der Finanzmarktaufsichtsbehörde mangels Erforderlichkeit einer vom VwGVG abweichenden Regelung und wegen Verstoßes gegen das Prinzip der Effektivität des Rechtsschutzes durch Ausschluss des einstweiligen Rechtsschutzes im Beschwerdeverfahren

#### 06.03.2018, [G 85/2017](#)

**StGB**; Zurück- bzw Abweisung eines Parteiantrags auf **Aufhebung von Bestimmungen** des StGB betreffend die alljährliche Prüfung der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unterbringung im Maßnahmenvollzug; bedingte Entlassung unter Bestimmung einer Probezeit im politischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

07.03.2018, [G 97/2017](#)

**PatentamtsgebührenG; Gleichheitswidrigkeit von Bestimmungen** des PatentamtsgebührenG betreffend die Festlegung einer Verfahrensgebühr für einen Antrag auf Anberaumung einer mündlichen Verhandlung vor der Technischen Abteilung des Patentamts aufgrund eines Einspruchs gegen eine Patenterteilung

14.03.2018, [G 241/2017](#)

**FinanzstrafG;** kein Verstoß einer Bestimmung des FinanzstrfG betreffend den **Ausschluss der Diversion im gerichtlichen Finanzstrafrecht** gegen den Gleichheitsgrundsatz

14.03.2018, [E 507/2017](#)

**Tir NaturschutzG;** keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen Vornahme von **Geländeveränderungen sowie Abholzungen ohne naturschutzrechtliche Bewilligung;** kein Verstoß gegen das Doppelbestrafungsverbot aufgrund Unterscheidung der Straftatbestände des StGB und Tir NaturschutzG in wesentlichen Elementen

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

07.02.2018, [Ra 2018/03/0011](#)

**WaffenG;** das LVwG Stmk **entzog** dem Rw **die Waffenbesitzkarte und den Waffenpass;** der VwGH wies die dagegen erhobene Revision zurück, weil das VwG seine Rsp beachtet hatte; die Kenntnis darüber, in welchem sicheren Behältnis und an welchem sicheren Ort sich eine Waffe befindet, ist eine grundlegende Voraussetzung, um überhaupt davon sprechen zu können, dass eine Person eine Waffe verwahrt; der Rw verstieß gegen diese Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Verwahrung seiner Waffen, weil er seinen eigenen Angaben zufolge seit März 2015 selbst nicht gewusst habe, wo sich eine vermeintlich zu diesem Zeitpunkt gestohlene Faustfeuerwaffe befunden habe; dass diese Waffe dann später in seinem Haus aufgefunden wurde, konnte nichts daran ändern

22.02.2018, [Ra 2017/17/0937](#)

**GlücksspielG;** der Rechtsbehelf der Beschwerde gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt dient dem Zweck, eine Lücke im Rechtsschutzsystem zu schließen; es sollten damit aber nicht Zweigleisigkeiten für die Verfolgung ein und desselben Rechts geschaffen werden; was in einem Verwaltungsverfahren ausgetragen werden kann, kann daher nicht Gegenstand einer Maßnahmenbeschwerde sein, wobei die Zulässigkeit insb auch nicht von der (allenfalls längeren) Dauer des sonst zur Verfügung stehenden Verwaltungsverfahrens abhängt; eine Betriebsschließung iSd § 56a Abs 1 GlücksspielG ist daher nur solange mit Maßnahmenbeschwerde bekämpfbar, bis die Behörde einen Betriebs-schließungsbescheid erlässt; die **Subsidiarität der Maßnahmenbeschwerde** bezieht sich jedoch nicht auf jene Akte, welche durch den später erlassenen Betriebsschließungsbescheid keiner verwaltungsgerichtlichen Kontrolle unterworfen werden

27.02.2018, [Ra 2017/01/0105](#)

**IslamG; B-VG; Auflösung eines Vereins;** ggst wurde der mitbeteiligte Verein vom Bundesminister für Inneres (rückwirkend) aufgelöst, weil die Statuten und damit der Zweck des Vereins nicht an die Erfordernisse des IslamG angepasst worden seien; das LVwG gab der dagegen erhobenen Beschwerde Folge und hob den Bescheid auf; Zurückweisung der Amtsrevision des Innenministers; die behördliche Auflösung eines Vereins wie auch die Erklärung, dass die Vereinsgründung nicht gestattet ist, sowie die Beurteilung der Frage, ob überhaupt ein Verein vorliegt, sind jedoch Entscheidungen, die den Kernbereich der Vereinsfreiheit betreffen; eine Entscheidung darüber obliegt nach ständiger Rsp ausschließlich dem VfGH; derartige Rechtssachen sind gem Art 133 Abs 5 B-VG von der **Zuständigkeit des VwGH ausgeschlossen**

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

LVwG Nö 20.02.2018, [LVwG-AV-1487/001-2017](#)

**ApothekenG;** im Falle der Erlassung eines Bescheids nach § 19a Abs 2 ApothekenG haben die umliegenden bereits bestehenden Apotheken, die bisher das relevante Gebiet versorgt haben, jedenfalls mit Umsatzeinbußen, in weiterer Folge allen-

falls auch mit Gewinneinbußen, zu rechnen; dies stellt jedenfalls einen Eingriff in die Erwerbsausübungsfreiheit dar, der – bei verfassungskonformer Interpretation des § 19a Abs 2 leg cit – eine **Parteistellung** bestehender Apotheken bedingt (abweichend VwGH 97/10/0238: keine Parteistellung)

#### **LVwG Wien 19.03.2018, [VGW-021/051/13537/2017](#)**

**Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherschutzG**; bei einer Vertriebsform, bei der im Online-Handel gekaufte Produkte zum Versand bereitgehalten und gegen Vorlage von entsprechenden Rechnungs-codes an vom Kunden beauftragte Boten oder Logistikdienste übergeben werden, liegt ein „Versandhandel“ iSd Legaldefinition des § 1 Z 12 des Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherschutzG vor; durch die §§ 2a iVm 1 Z 12 leg cit wird ein **Verbot des Onlinehandels mit E-Zigaretten und Liquids** normiert, ohne dass es dabei darauf ankommt, ob die Auslieferung der Ware durch den Kunden nach Abschluss des Kaufvertrags selbst organisiert wird oder die Form des Versands vom Verkäufer vorgegeben und von diesem auch durchgeführt oder organisiert wird

## **IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **A. GERICHTSHOF**

#### **[17.04.2018, verb Rs C-316/16 und C-424/16, B](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 28 Abs 3 Buchst a – Verstärkter Schutz vor Ausweisung – Voraussetzungen – Recht auf Daueraufenthalt – Aufenthalt im Aufnahmemitgliedstaat in den letzten zehn Jahren vor der Entscheidung über die **Ausweisung aus dem Hoheitsgebiet** des betreffenden Mitgliedstaats – **Verbüßung einer Freiheitsstrafe** – Folgen für die Kontinuität des zehnjährigen Aufenthalts – Verhältnis zur Gesamtbeurteilung eines Bandes der Integration – Zeitpunkt, zu dem diese Beurteilung erfolgt, und dabei zu berücksichtigende Kriterien

#### **[17.04.2018, Rs C-414/16, Egenberger](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung – **Ungleichbehandlung wegen der Religion oder Weltanschauung** – Berufliche **Tätigkeiten innerhalb von Kirchen** oder anderen Organisationen, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht – Religion oder Weltanschauung, die eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte **berufliche Anforderung** angesichts des Ethos der Organisation darstellt – Begriff – Art der Tätigkeiten und Umstände ihrer Ausübung – Art 17 AEUV – Art 10, 21 und 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

#### **[17.04.2018, verb Rs C-195/17, C-197/17 bis C-203/17, C-226/17, C-228/17, C-254/17, C-274/17, C-275/17, C-278/17 bis C-286/17 und C-290/17 bis C-292/17, Krüsemann ua](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Gemeinsame Regelung für **Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen** für **Fluggäste** im Fall der **Nichtbeförderung** und bei Annullierung oder **großer Verspätung von Flügen** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – Art 7 Abs 1 – Anspruch auf Ausgleichszahlung – Befreiung – Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘ – ‚**Wilder Streik**‘

#### **[17.04.2018, Rs C-441/17, Kommission/ Polen \(Forêt de Białowieża\)](#)**

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 6 Abs 1 und 3 – Art 12 Abs 1 – Richtlinie 2009/147/EG – **Erhaltung der wildlebenden Vogelarten** – Art 4 und 5 – **Natura-2000-Gebiet** ‚Puszcza Białowieża‘ – **Änderung des Waldbewirtschaftungsplans** – Erhöhung der Hiebsatzes – Plan oder Projekt, der bzw das nicht unmittelbar für die Verwaltung des Gebiets notwendig ist, es jedoch erheblich beeinträchtigen könnte – Angemessene Verträglichkeitsprüfung – Beeinträchtigung des Gebiets als solches – Wirksame Durchführung der **Erhaltungsmaßnahmen** – Auswirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätten der geschützten Arten

#### [19.04.2018, Rs C-525/16, Meo – Serviços de Comunicações e Multimédia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – **Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Art 102 Abs 2 Buchst c AEUV – Begriff ‚Benachteiligung im Wettbewerb‘ – **Preisliche Diskriminierung** auf dem nachgelagerten Markt – Gesellschaft zur Verwertung von dem Urheberrecht verwandten Schutzrechten – Von den nationalen Anbietern entgeltlicher Dienste der **Übertragung des Fernsehsignals** und seines Inhalts zu zahlende Gebühr

#### [19.04.2018, Rs C-565/16, Saponaro und Xylina](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Gericht eines Mitgliedstaats, bei dem im Namen eines **minderjährigen Kindes** ein Antrag auf richterliche Genehmigung zur **Ausschlagung einer Erbschaft** gestellt wurde – Zuständigkeit in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Zuständigkeitsvereinbarung – Art 12 Abs 3 Buchst b – **Anerkennung der Zuständigkeit** – Voraussetzungen

#### [19.04.2018, Rs C-580/16, Firma Hans Bühler](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Ort des innergemeinschaftlichen Erwerbs – Art 42 – **Inneregemeinschaftlicher Erwerb** von **Gegenständen**, die Gegenstand einer **anschließenden Lieferung** sind – Art 141 – Befreiung – **Dreiecksgeschäft** – Vereinfachungsmaßnahmen – Art 265 – Korrektur der zusammenfassenden Meldung

#### [19.04.2018, Rs C-645/16, CMR](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EWG – Ausgleichsanspruch und Schadensersatzanspruch des Handelsvertreeters nach Beendigung des Handelsvertretervertrags – Art 17 – **Ausschluss des Ausgleichsanspruchs** bei Kündigung des Vertrags während der darin festgelegten Probezeit

#### [19.04.2018, Rs C-65/17, Oftalma Hospital](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen – **Vergabe außerhalb der Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge** – Erfordernis der Einhaltung der Grundsätze der **Transparenz** und der **Gleichbehandlung** – Begriff des eindeutigen grenzüberschreitenden Interesses – Richtlinie 92/50/EWG – Art 27

#### [19.04.2018, Rs C-148/17, Peek & Cloppenburg](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Markenrecht – Richtlinie 2008/95/EG – Art 14 – **Nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit** oder des Verfalls einer **Marke** – Zeitpunkt, zu dem die **Voraussetzungen** für den Verfall oder die Ungültigkeit vorliegen müssen – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Unionsmarke – Art 34 Abs 2 – Inanspruchnahme des Zeitrangs einer älteren nationalen Marke – Wirkungen dieser Inanspruchnahme auf die ältere nationale Marke

#### [19.04.2018, Rs C-152/17, Consorzio Italian Management e Catania Multiservizi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste – Richtlinie 2004/17/EG – Verpflichtung zur **Preis Anpassung nach Zuschlagserteilung** – Keine entsprechende Verpflichtung nach der Richtlinie 2004/17/EG oder nach den Art 56 AEUV und der Richtlinie 2004/17/EG zugrunde liegenden allgemeinen Grundsätzen – Reinigungs- und Erhaltungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Eisenbahntransporttätigkeit – Art 3 Abs 3 EUV – Art 26, 57, 58 und 101 AEUV – **Keine hinreichenden Angaben** zum **tatsächlichen Zusammenhang** des Ausgangsrechtsstreits und zu den Gründen, aus denen sich die Notwendigkeit einer Antwort auf die Vorlagefragen ergibt – Unzulässigkeit – Art 16 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Nationale Rechtsvorschriften**, durch die **kein Unionsrecht durchgeführt** wird – **Unzuständigkeit**

## B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.04.2018, verb Rs C-84/17 P bis C-85/17 P und C-95/17 P, Société des produits Nestlé / Mondelez UK Holdings & Services \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Dreidimensionale Marke in Form einer vierfach gerippten Schokoladentafel – Antrag der Klägerin auf Nichtigkeitsklärung – **Zurückweisung des Antrags auf Nichtigkeitsklärung** durch die Beschwerdekammer

[19.04.2018, Rs C-123/17, Yön \(GA Sharpston\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Assoziierungsabkommen EWG–Türkei** – Beschluss Nr 2/76 – Art 7 – **Stillhalteklausele** – Neue **Beschränkungen** der Bedingungen für den **Zugang zum Arbeitsmarkt** – Familiennachzug – Zusatzprotokoll – Art 59 – Rechtfertigung – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses

[19.04.2018, Rs C-137/17, Van Gennip ua \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/123/EG – Richtlinie 2007/23/EG – Richtlinie 2013/29/EU – **Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände** – Niederlassungsfreiheit – Restriktive nationale Maßnahmen – **Öffentliche Ordnung** – Strafrechtliche Sanktionen – Genehmigungsregelung

[19.04.2018, Rs C-140/17, Gmina Ryjewo \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Vorsteuerabzug – **Erwerb eines Investitionsguts** – Zuordnung des Investitionsguts bei noch **ungewisser wirtschaftlicher Verwendungsabsicht** – Ursprüngliche Verwendung für eine nicht zum Vorsteuerabzug berechtigende (hoheitliche) Tätigkeit – Spätere Verwendung für eine steuerpflichtige Tätigkeit (Verwendungsänderung) – **Nachträglicher Vorsteuerabzug** im Wege einer Berichtigung des Vorsteuerabzugs

## C. GERICHT

[13.04.2018, Rs T-119/17 Alba Aquilera ua / EAD](#)

Öffentlicher Dienst – Beamte – **Bedienstete auf Zeit** – Vertragsbedienstete – Dienstbezüge – In einem Drittland verwendete Bedienstete des EAD – Art 10 des Anhangs X des Statuts – Jährliche Überprüfung der Zulage für die Lebensbedingungen – Entscheidung über die **Herabsetzung der Zulage** für die **Lebensbedingungen in Äthiopien** von 30 % auf 25 % – Fehlender Erlass von Allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Art 10 des Anhangs X des Statuts – Haftung – Immaterieller Schaden

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.04.2018, Beschwerde Nr [45597/09](#), *Paci / Belgien*

**Keine Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Inhaftierung** eines italienischen Staatsbürgers (Bf) in Belgien wegen internationalem Waffenhandel; der Bf führt an, dass seine Inhaftierung in Belgien rechtswidrig war und er nach Abschluss der Untersuchungen an die italienischen Behörden hätte übergeben werden müssen; Inhaftierung des Bf war gerechtfertigt; **keine Verletzung** von **Art 5 EMRK**; des Weiteren klagte der Bf über die Verwendung eines Gesprächsmitschnitts als Beweis, welcher in einem anderen Strafverfahren angeordnet wurde, und über den fehlenden Zugang zu Kopien der Akten; der Bf konnte seine Verteidigungsrechte ausüben und das Verfahren war insgesamt fair; **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK**

19.04.2018, Beschwerde Nr [47145/14](#), *Mammadli / Aserbaidshan*

**Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) iVm **Art 18 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkungen); **Verhaftung** des Menschenrechtsaktivisten Mammadli (Bf) im Jahr 2013 nachdem er einen kritischen Bericht über die Wahlen in Aserbaidshan veröffentlichte; anschließend wurde der Bf wegen illegalem Unternehmertum und Steuerflucht zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt; die Anklageböden brachten für die angeblichen Straftaten **keine Beweise** vor; die Verhaf-

tion und Inhaftierung waren Teil einer größeren Kampagne gegen Menschenrechtsaktivisten in Aserbaidschan; **Verletzung** von **Art 5 iVm Art 18 EMRK**; Entschädigung für den Bf iHv € 22.500

**19.04.2018, Beschwerde Nr [46240/15](#), A.S. / Frankreich**

**Verletzung** von **Art 34 EMRK** (Individualbeschwerde); **keine Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung); **Ausweisung** eines marokkanischen Staatsbürgers (Bf) aus Frankreich; der Bf wurde der Durchführung **terroristischer Handlungen** überführt und verlor aus diesem Grund die französische Staatsbürgerschaft; in Marokko wurden Maßnahmen getroffen, um Handlungen, die gegen **Art 3 EMRK** verstoßen, zu vermeiden; der Bf erbrachte außerdem nicht den Beweis, dass die Haftbedingungen in Marokko gegen **Art 3 EMRK** verstoßen; ungenügend Zeit für den Bf zur Erhebung von Rechtsbehelfen; die französischen Behörden sind ihren Verpflichtungen gem Art 34 EMRK nicht nachgekommen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.